

Nadine Willner arbeitet an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) zu nachhaltigen Entwicklungsmodellen.

Franziska Blum ist Redaktionsmitglied der südostasien.

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner und Franziska Blum

■ Obergrenze für Zinsen von Mikrokrediten zur Armutsbekämpfung?

Im April 2017 führte die kambodschanische Regierung eine Obergrenze für Mikrokredite ein. Um die Schuldenlast von KreditnehmerInnen zu begrenzen, wurden die Zinsen für Mikrofinanzierung auf 18 Prozent gedeckelt. Mikrokredite sind ein kontrovers debattiertes Thema in der Entwicklungspolitik. Einerseits helfen sie messbar vielen Familien besonders in den ärmeren, ländlichen Regionen aus Armut- oder Not-situationen herauszukommen; andererseits entstehen den KreditnehmerInnen hohe Schulden.

Die durchschnittliche Kredithöhe einer Familie vom Land liegt bei 500 US Dollar, aus der Stadt bei 5.000 US Dollar. Viele Familien können nur durch dieses Geld ihre Grundbedürfnisse wie Nahrung und Gesundheitsversorgung decken. ExpertInnen argumentieren jedoch, dass das Interesse der Regierung nicht auf der Zinsdeckelung liegen sollte, sondern in der Bekämpfung von Armutsursachen, wie schlechte Bildung, geringes Einkommen etc. Zwar seien Schulden vielfach mitverantwortlich für die Armut vieler

Menschen, doch nicht der Hauptgrund. Zinssenkungen werden zwar kurzzeitig die Schuldner entlasten, dabei sollte der Langzeitnutzen von Mikrokrediten jedoch nicht unterschätzt werden. Wenn die Regierung mit der Zinsbegrenzung den übermäßigen Gewinn der Mikrokreditinstitute einschränken will, sollte sie laut KritikerInnen zu anderen Mitteln greifen, z. B. Steuererhöhungen auf monetäre Gewinne und die Verteilung von Staatseinnahmen auf Programme zur Armutsbekämpfung.

Phnom Penh Post 21.3.2017, 4.4.2017

■ Harsche Kritik an Kambodschas Pressefreiheit

Gleich zweimal musste das Land in diesem Jahr internationale Kritik aufgrund schlechter Gewährleistung der Pressefreiheit einstecken. In den neuesten Berichten von *Freedom House* und *Reporter ohne Grenzen 2017* wurde Kambodschas Presse als „nicht frei“ eingestuft und rutschte im Presseranking vier Plätze nach unten, von 128 auf 132. Vornehmlich ginge es um die strategische Unterdrückung und Bedrohung der politischen Opposition von der Regierung Hun Sen. *Freedom House* prognostiziert weiter-

hin eine Zunahme an Verletzungen der Pressefreiheit mit näher rückenden Wahlen. Noch im Februar 2017 sprach sich ein Regierungssprecher für die Schließung mehrerer ausländischer Presseagenturen aus, die in Kambodscha arbeiten, vor allem die aus Washington finanzierten. Im April 2017 wurde ein Reporter von *Radio Free Asia* (RFA) zu Gericht geladen, da er sich mit falscher Identität Zugang zu einem inhaftierten politischen Oppositionellen verschafft haben soll. Dieser floh in die USA und berichtet nun

für RFA aus dem Ausland. Selbstzensur der Medien ist auch weiterhin weit verbreitet. Die Überwachung von sozialen Medien ist mittlerweile Routine. Besonders die NutzerInnen sozialer Medien – zivile JournalistInnen – haben kaum rechtlichen Schutz gegen staatliche Konsequenzen. Und trotz all dem lobte sich die Regierung am diesjährigen Weltpresstag selbst lautstark für die freie Presse in Kambodscha.

New York Times 28.2.2017

Phnom Penh Post 27.4.2017, 28.4.2017, 4.5.2017

■ Wahlkampf-Kampagnen in der Hauptstadt vor den Kommunalwahlen eingeschränkt

In der Hauptstadt Phnom Penh wurden die Bestimmungen für Wahlkampfauftritte vor den Kommunalwahlen im Juni verschärft. Die *Nationale Wahlkommission* (NEC) gab bekannt, dass es allen politischen Parteien untersagt sei, Versammlungszüge auf Hauptverkehrsstraßen der Hauptstadt abzuhalten. Hintergrund für die Verschärfungen seien die öffentliche Sicherheit und die Vermeidung

von Verkehrschaos. Der Wahlgesetzgebung zufolge sind Wahlkampagnen ohnehin nur zwölf Tage vor den Wahlen erlaubt, Versammlungszüge zwei Tage zuvor. Mitglieder der *Cambodia National Rescue Party* (CNRP) und zivilgesellschaftliche Organisationen reichten Anträge gegen das Verbot ein. Das Verbot stünde im Zusammenhang mit der Kritik eines Kandidaten der CNRP, die Kommunal-

verwaltung habe EinwohnerInnen mit Drohungen von einem öffentlichen Forum fernzuhalten versucht. Am 4. Juni waren fast 8 Millionen WählerInnen berechtigt, in 1.646 Kommunen und Bezirken aus den 12 politischen Parteien zu wählen. Der Ausgang der Wahlen wird gemeinhin auch als Wahlprognose für die Parlamentswahlen im Jahr 2018 verstanden.

Radio Free Asia, 11.5.2017